

In NRW wie im Bund

Eine linke Alternative ist fällig!

An der Landtagswahl in NRW entscheidet sich das Schicksal der Bundesregierung.

Jetzt werden wieder die Glocken geläutet. Es ist Wahlkampfzeit. Die Damen und Herren der Regierungsparteien, die sich selber entgegen allen Tatsachen immer noch gern »Rot-Grün« nennen oder nennen lassen, touren wieder durch die Lande, um lauthals zu verkünden, dass sie doch eine ganz andere Politik wollen, als sie in den letzten Jahren gemacht haben.

Der Absturz in den Umfragen, die langsam in Richtung Wahlboykott wachsenden Zahlen bei der Wahlbeteiligung und die Angst vor dem Erstarken einer echten neuen Linkspartei haben SPD und Grüne noch einmal zu einem politischen Schwenk veranlasst.

Bis vor kurzem galt die tapfer von Gerhard Schröder, Joschka Fischer, Olaf Scholz und Wolfgang Clement verkündete Parole: »Hartz-Gesetze, Niedriglohnsektor, Privatisierung der Renten- und Krankenversicherung, Eliteschulen, Studiengebühren, Ausbau des Auto- und Flugverkehrs – alles Komponenten einer modernen Sozialpolitik im Interesse aller Menschen, die von Regierung und Opposition, Experten und Medien gemeinsam im Namen Deutschlands durchgeführt werden muss und zu der es keine Alternative gibt.«

Jetzt aber kehrt SPD-Chef Muntefering wieder den alten Sozialdemokraten heraus. Plötzlich gibt es doch wieder Alternativen, nämlich die viel schrecklicheren Absichten von CDU und FDP. Die verblichene Karte des »Lagerwahlkampfes« wird wieder gezückt und die Wahl der



SPD als Mittel zur Verhinderung von Schlimmerem verkauft.

In Ermangelung guter Schauspieler und echter Lockangebote ist dieser neuerliche Schwenk nur noch lächerlich zu nennen. Er wird auch nicht viel nützen.

Nach zehn Jahren »rot-grüner« Politik in NRW und sieben Jahren Schröder-Fischer-Regierung in Berlin ist offensichtlich: **Diese Regierungen machen keine Fehler, sie sind der Fehler.**

Massenerwerbslosigkeit, zum ersten Mal über eine Million in NRW, wird nicht bekämpft. Lediglich ihre klassische Funktion im Rahmen einer kapitalistischen Marktwirtschaft wird wieder hergestellt: ihre Lohndrückerfunktion.

Ein Aspekt davon ist, dass die Lohnersatzleistungen sinken. Ein anderer die unbezahlte Verlängerung der Arbeitszeit.

Die NRW-Regierung hat mit ih-

rer Anordnung zur Arbeitszeitverlängerung im öffentlichen Dienst die jetzt laufende Dauerkampagne eingeläutet. Sie war es auch, die eine Ausbildungsumlage für Unternehmer zu verhindern wusste.

Es waren die Sozialdemokraten in NRW, die Eliteschule, mehr Selektion und neue »Leistungskontrollen« an den Schulen forderten und einzuführen begannen. Mit dem Studienkontenmodell haben sie die Tür zu allgemeinen Studiengebühren aufgestoßen. Mit Projekten einer »Public-Private-Partnership« haben sie die Schulen in NRW marktgerecht zugerichtet.

Mit »Cross-Border-Leasing«-Verträgen haben viele Gemeinden kommunale Besitztümer verhöckert. Peer Steinbrücks viel gelobte »Industriepolitik« bestand darin, auch noch den letzten Wunsch der Unternehmer zu erfüllen.

Im Ergebnis sicherte die Landesregierung den Abbau von Arbeitsplätzen ab (so im Fall Babcock) und beteiligte sich an Erpressungsmanövern gegenüber den Belegschaften – so bei Siemens, Opel, Karstadt. Auf der Seite der abhängig Beschäftigten war die SPD-Regierung niemals zu sehen.

Dazu kommen schwachsinnige Prestigeprojekte wie der Ausbau

von gigantischen Einkaufszentren, Protzstadion und Hallen oder umweltpolitische Frevel wie der Ausbau regionaler Flughäfen für Billigfluglinien. Als Gegenstück gab es den Ausverkauf der öffentlichen Kulturförderung, wenn's nicht gerade um Vorzeige-Opern und Musical-Häuser ging.

Dass SPD und Grüne wie in Bund und Land so auch an Rhein und Ruhr Politik als persönliche Einkommensquelle sehen, ist schon Normalzustand. Skandale von Müllverbrennungsanlagen bis zur Landesentwicklungsgesellschaft sind Tagesthema in fast allen Städten und Kreisen in NRW.

Diese Politik, die bisher nur Misserfolge eingefahren hat, wird sich gegen die SPD selbst wenden. Von allen guten Geistern verlassene Jusos verkaufen sie derzeit auf Wahlplakaten als »suPeer« und verstehen nicht, dass sie damit nur denen Mut machen, die sich sagen: Dann kann ich gleich Rüttgers wählen, der ist wenigstens nicht so verbraucht.

Das Bangemachen vor dem schwarzen Mann zieht nicht mehr. Es führt kein Weg daran vorbei:

Eine linke Alternative zu »Rot-Grün« ist fällig.

4 mal NEIN zur EU-Verfassung

Am 12. Mai wird der Bundestag über die EU-Verfassung abstimmen. Anders als in Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Luxemburg, den Niederlanden, Polen, Portugal, Spanien und Tschechien wird die Bevölkerung hierzulande aber nicht gefragt. Der Vertragstext wird der Bevölkerung nicht zur Kenntnis gebracht und es findet keine öffentliche Debatte statt. Aus gutem Grund. Sie könnte den Betrug nämlich durchschauen und den Verfassungsvertrag ablehnen – wie im Nachbarland Frankreich, wo die Regierung zittert, sie könnte die Abstimmung am 29. Mai verlieren.

Denn es gibt vier gute Gründe, die EU-Verfassung abzulehnen:

- Aufrüstung und Kampfeinsätze werden Verfassungsauftrag. Der Euratom-Vertrag wird bekräftigt, und damit die Zielsetzung einer zivilen und militärischen Atommacht EU.
- Oberstes Verfassungsziel ist der »freie und unverfälschte Wettbewerb«.
- Für Handel, Industrie und Landwirtschaft werden gemeinsame Standards geschaffen, für Steuern und soziale Rechte nicht.
- Festung Europa: Wenn die britische Regierung bislang alle sozialen Fortschritte blockiert hat, so blockiert die Bundesregierung jeden Schritt zu einem humaneren Asyl- und Migrationsrecht.

»Diese Verfassung ist brandgefährlich«, sagt der Gründer und langjährige Vorsitzende des Europäischen Gewerkschaftsbunds, Georges Debunne. »Sie darf nicht angenommen werden, solange es Einstimmigkeit bei der Beschlussfassung und Vetorecht bei Steuern und sozialen Fragen gibt. Die sozialen Rechte müssen ausdrücklich garantiert werden. Es bedarf eines Rechtsmittels, um europäische Tarifverhandlungen zuzulassen.«

**Für Frieden, Gerechtigkeit und
Bewahrung der Natur
Erstes Sozialforum in Deutschland
21.–24. Juni 2005 · ERFURT**

**Anmeldung von Veranstaltungen bis Ende Mai
Anmeldung der Teilnahme ab 1. Mai**

**Aufruf und alle Informationen über
www.sozialforum2005.de**

Die Macht der Millionen gegen die Macht der Millionäre

Steinbrück und Schröder begründen ihre Politik mit angeblichen Sachzwängen. Am liebsten zitieren sie die »Globalisierung« und die »EU-Einbindung«. Höhere Gewalt mache eine Alternative unmöglich.

Schon diese Behauptung ist eine Lüge. Diese angeblichen »Sachzwänge« sind allesamt gewollt, die Bundesregierung und die Landesregierungen haben sie mit herbeigeführt. Sie haben sich in Brüssel für die Agenda von Lissabon stark gemacht, wie einst Theo Waigel für den Stabilitäts- und Wachstumspakt. Darunter stöhnt Eichel jetzt, doch abschaffen will er ihn keinesfalls.

Zu dieser Lüge gesellen sich weitere: z. B. dass Arbeitszeitverlängerung und der Abbau von Kündigungsschutz Arbeitsplätze schaffen; dass die Abwälzung der Kosten für Gesundheit und Renten auf die privaten Geldbeutel der Beitragszahler Ausgaben spart; oder dass die Abschaffung demokratischer Rechte im Zuge des »Kampfes gegen den Terrorismus« die Demokratie sichert. Hier wird der Teufel mit dem Beelzebub ausgetrieben.

Je mehr die Regierung in solch ultimative Begründungen ihrer Politik flüchtet, desto leichter fällt es, Alternativen zu benennen. Es wäre schon ein Fortschritt, wenn all diese Vorhaben von Schröder und Steinbrück nicht umgesetzt würden. Verweigerung, Nein-Sa-

gen und Protest sind deshalb heute ein wichtiger Ausgangspunkt für eine neue Politik, die einer grundsätzlich anderen Logik folgt.

Daraus entwickeln sich sehr schnell weitere Elemente einer Alternative:

- eine neue Initiative zur schnellen und deutlichen Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, um die Arbeit gerechter zu verteilen und neue Einnahmen für die Sozialkassen zu erschließen;
- der Stopp der Privatisierungen und die Ausweitung des Angebots an öffentlichen Dienstleistungen;
- Ausbau, nicht Abbau des Sozialstaats: mit Sozialversicherungen, die auf solidarischen Umlagensystemen beruhen und einer progressiven Besteuerung der großen Einkommen und Vermögen, um die aktuelle Umverteilung von unten nach oben nachhaltig umzukehren.

Diese Alternative ist einleuchtend und machbar. Dafür muss die Macht der Millionen gegen die Macht der Millionäre allerdings in Stellung gebracht werden. Das ist die einfache Schlussfolgerung, mit der sich die Gewerkschaften heute so schwer tun.

Der Aufbau einer neuen politischen Kraft, wie sie sich in der »Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit« im Ansatz abzeichnet, könnte dafür ein wichtiger Schritt sein.



Foto: Uwe Bilsatz

Die braune Gefahr

Zu Recht erklärt die Zeitschrift der IG Metall in ihrer April-Ausgabe: »Die Umtriebe der Neonazis haben eine neue Qualität erreicht. Sie sitzen in den Parlamenten, marschieren auf den Straßen, werben an den Schulen und bedrohen Gewerkschafter sowie Demokraten. Dabei nutzen sie die berechtigte Wut vieler Menschen auf die Politik, deren Sozialabbauprogramme angeblich alternativlos sind. Doch statt die neoliberale Politik und Arbeitgeber anzugreifen, wollen sie die Schwächsten der Gesellschaft ausgrenzen.«

Was können wir daraus schließen? Doch nur, dass die Lage für viele Menschen heute so verzweifelt ist, dass sie nach jedem Strohhalm greifen, der eine Änderung verspricht – und komme er von weit rechts außen. Die meisten wissen: Nazis sind soziale Demagogen. Aber mit der Litanei »Es gibt keine Alternative« wird man ihnen nicht das Wasser abgraben.

Die sozialen und ökonomischen Verhältnisse werden unerträglich.

Sie schreien nach einer Alternative, und wenn man die rechte nicht will, muss man eine linke entwickeln. **Nazis lassen sich erfolgreich nur bekämpfen, wenn links von der SPD eine neue politische Kraft entsteht, mit der sich die abhängig Beschäftigten und die Erwerbslosen wieder identifizieren können.**

NPD, DVU und »Kameradschaften« haben längst eine rechtsextreme »Volksfront« aufgebaut. Politisch gestärkt kandidiert die NPD zu den Landtagswahlen in NRW. Ihr gegenüber hat die Regierungspolitik völlig versagt.

Das von Innenminister Schily (SPD) angestrebte Verbotverfahren ist an der Durchsetzung des NPD-Apparats mit Verfassungsschutzleuten geplatzt. Dabei steht im Grundgesetz, dass Nachfolgeparteien der NSDAP – und was ist die NPD anderes – verboten sind.

Jetzt hat die Bundesregierung das Versammlungsgesetz geändert, um die Unterbindung von Naziaufmärschen an historisch bedeutsamen Orten wie Gedenkstätten zu erleichtern.

Gleichzeitig haben Polizisten bei den Anti-Hartz-Demonstrationen Nazis mitlaufen lassen – so in Dresden, wo Stadtverwaltung und Gerichte sich auf deren Demonstrationsrecht beriefen.

In Dortmund, wo Neonazis einen Punker ermordet haben, können rechtsextremistische »Kameradschaften« und »Kampfbünde« den Mord unbehelligt bejubeln und weitere Gewalttaten androhen, trotz vorliegender Strafanzeigen.

Doch der Zusammenhang zwischen sozialer Verwahrlosung, gesellschaftlicher Zerrüttung und dem Vormarsch von Rechtsextremisten wird wider besseres historisches Wissen beharrlich geleugnet – nicht zuletzt von der Bundesregierung, die einen Vergleich mit Weimar weit von sich gewiesen hat, als die Zahl der Erwerbslosen Anfang dieses Jahres die 5-Millionen-Grenze überstieg.

Lieber tritt diese Regierung auch insoweit in die Fußstapfen der Konservativen, dass sie auf die zwangsläufige Zunahme von Gewalt und Kriminalität mit mehr Polizei und Abbau demokratischer Rechte reagiert, statt zu einer sozialen Politik zurückzukehren.

Die »rot-grünen« Regierungen haben sich schon in vielerlei Hinsicht als Türöffner für restaurative Tendenzen betätigt: durch ihr Festhalten an einer deflationären Wirtschaftspolitik, durch die Zertrümmerung des Sozialstaats, durch die Entsendung deutscher Truppen in Kriegseinsätze im Ausland, durch den monumentalen Schlussstrich unter die Vergangenheit in Form des Denkmals für die ermordeten Juden Europas.

Weder Schilys Polizeistaatsgesetz noch der notorisch von Rechtsextremisten durchgesetzte Polizeiapparat überhaupt sind geeignet, der braunen Gefahr wirksam entgegenzutreten. Entscheidend neben der Entwicklung einer Politik im Interesse der Beschäftigten und Erwerbslosen ist die breite Mobilisierung von unten.

Europa links von der Sozialdemokratie: Es geht!

Bei den Präsidentschaftswahlen in Frankreich im April 2002 gelang der radikalen Linken in Europa erstmals ein spektakulärer Zugewinn: sie konnte 10% der Stimmen auf sich ziehen. Auf diesen Wahlsieg, aber auch auf Wahlerfolge in Portugal und in Dänemark gestützt, bildete sich eine **Europäische Antikapitalistische Linke (EAL)**.

Deren Erfolgsstory verlief nicht gradlinig. Vor allem der wichtigste Partner in der EAL, Italiens *Partei der Kommunistischen Neugründung (PRC)*, vollzog vor wenigen Wochen einen Rechtsschwenk und orientiert erneut auf die Beteiligung an einer Regierung unter Romano Prodi – dessen Name unauffällig mit der letzten EU-Präsidentschaft, der Strategie von Lissabon und der EU-Verfassung verbunden bleibt. Eine starke Minderheit der Delegierten hat gegen diese Linie gestimmt.

In anderen Regionen Europas haben die antikapitalistischen Kräfte weitere Fortschritte gemacht: In **Schottland** verzeichnete die *Scottish Socialist Party (SSP)* bei den Europawahlen einen großen Wahlerfolg. Sie zählt sechs Parlamentsabgeordnete, ist im ganzen Land präsent und kann sich auf einen Teil der Gewerkschaftsbewegung stützen, der sich von der Sozialdemokratie abgewendet hat.

In **Dänemark** erzielte die *Rot-Grüne Allianz* bei den Parlamentswahlen Anfang Februar mit 3,4% ihr bislang bestes Ergebnis. Sie verfügt ebenfalls über sechs Abgeordnete.

In **Portugal** erreichte der 1999 gegründete *Linksblock* bei den Parlamentswahlen Anfang März 6,4% der Stimmen und verfügt nun über acht Abgeordnete.

Allen genannten Kräften ist gemeinsam, dass sie aus dem Zusammengehen verschiedener Strömungen der antikapitalistischen Linken hervorgegangen sind. Sie haben ein lebendiges und demokratisches Innenleben, sie vertreten konsequent die Interessen der abhängig Beschäftigten, der Unterdrückten und Ausgegrenzten, und sie verfolgen eine klare antikapitalistische Orientierung.

Die entscheidende Frage heute ist, ob sich eine antikapitalistische Kraft im Namen der Einheit der Linken an Regierungen mit neoliberalem Programm beteiligt oder ob sie auf die Mobilisierungen der sozialen Bewegungen und den Bruch mit den herrschenden Verhältnissen setzt.



Am 22. Mai in Nordrhein-Westfalen

WASG wählen!

Sechzig Jahre nach der Kriegsniederlage des deutschen Imperialismus erleben wir in Deutschland eine fundamentale Umwälzung der gesellschaftspolitischen Ordnung, die die Bundesrepublik seit ihrer Gründung geprägt hat. Durch den Zusammenbruch der DDR des Hauptfeinds entledigt und durch neoliberales Einheitsdenken fest zusammengeschmiedet, schicken sich (fast) alle im Bundestag vertretenen Parteien im Verbund mit den Vorständen der großen Konzerne und den Unternehmerverbänden an, eine aggressive Politik des Klassenkampfes von oben zu betreiben.

Das Ziel ist fest im Auge: Wenn es im EU-Ratsbeschluss von Lissabon (März 2000) heißt, die EU müsse »zur wettbewerbsfähigsten Ökonomie der Welt« werden, so macht das deutsche Kapital es sich zur Aufgabe, dabei ökonomisch, politisch und militärisch eine führende Rolle zu spielen. 60 Jahre nach Kriegsende geht es wieder um den Griff nach der Weltmacht – anders ist das immer wieder verkündete Ziel der globalen Wettbewerbsfähigkeit nicht zu buchstabieren.

Ohne Umschweife werden drei Ziele offen zur Voraussetzung für die neuen Weltmachtpositionen erklärt: Senkung der Löhne und Gehälter, auch über die unbezahlte Verlängerung des Arbeitstags, verbunden mit der drastischen Senkung, wenn nicht gar Abschaffung der Sozialausgaben; Umwandlung aller rentablen gesellschaftlichen Dienstleistungen in Waren und der entsprechenden öffentlichen Ein-

richtungen in profitorientierte Unternehmen; und eine neue Militär- und Außenpolitik, die den Aufstieg zu einer weltweit aktionsfähigen Großmacht ermöglicht.

Elemente der Solidarität, die im Grundgesetz enthalten sind, und die weltpolitische Zähmung des deutschen Kapitals durch internationale Verträge und Zurückhaltung sind dabei nur noch störendes Beiwerk, das es möglichst rasch zu beseitigen gilt.

Die Partei, die durch ihre Geschichte, ihre gesellschaftliche Verankerung in der Arbeiterbewegung und ihr Programm solidarischen Werten und zugleich einer Politik des Klassenfriedens verbunden war, die SPD, macht sich derzeit überflüssig. In einer Aktion der Selbstaufgabe hat sie sich mit Gerhard Schröder als Kanzler und den Grünen im Schlepptau entschieden, sich vollständig den politischen Vorgaben des Kapitals zu unterwerfen, um solange wie möglich an der Macht teilzuhaben.

So treiben Arbeitgeberverbände und Union die SPD vor sich her. Sie hat in ihren Regierungsjahren »Tabubrüche« zuwege gebracht – man denke nur an den ersten Kriegseinsatz deutscher Soldaten im Ausland oder an die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe –, von denen die Union bislang geträumt hatte.

Dafür kehren ihr die Wählerinnen und Wähler in Scharen den Rücken. Die ersten Reaktionen auf das historische Versagen der SPD bei der Verteidigung von Löhnen, Renten und Sozialleistungen sind nicht selten individueller Natur: Verweigerung – auch an den Wahl-

urnen – und Rückzug ins Private. Viele andere erfüllt es mit Enttäuschung, Wut und Demoralisierung.

Mit kleinen Korrekturen an dieser Politik ist es nicht mehr getan. Inzwischen spricht es sich herum, dass eine Lösung der entstandenen Probleme innerhalb des kapitalistischen Systems nicht zu erwarten ist. Wir müssen erneut über Systemalternativen nachdenken und auch darüber diskutieren, was im ersten Versuch für einen Sozialismus auf deutschem Boden falsch gemacht wurde.

Der Klassenkampf von oben wird so lange verschärft fortgesetzt werden, wie ihm die Betroffenen nicht gemeinsam entgegengetreten.

Das politische Kräfteverhältnis, das sich in den letzten Jahren durch Untätigkeit und Zersplitterung dramatisch verschlechtert hat, wird sich erst dann wieder zugunsten der arbeitenden Bevölkerung wenden, wenn diese ihre Sache selber in die Hand nimmt und einen Klassenkampf von unten entwickelt.

In dieser Situation ist die Gründung der Partei »Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit« (WASG) ein richtiger Schritt. Wir unterstützen ihn nach Kräften,



Foto: Ulrike Beyer

auch wenn wir nicht garantieren können, dass die WASG dauerhaft zu einer konsequenten Verteidigung der Löhne und Entwicklung neuer solidarischer Strukturen in Deutschland und weltweit in der Lage sein wird.

Wir haben erkennen müssen, dass aus der PDS nicht der Aufbruch zu einer gesellschaftlichen Alternative entstanden ist, den wir heute brauchen. Sie hat auch nicht den notwendigen Bruch mit der herrschenden Politik organisieren können – ihre Regierungsbeteiligung in einigen Ländern beweist es.

Wir rufen deshalb bei den Landtagswahlen am 22. Mai in Nordrhein-Westfalen auf, die WASG zu wählen und ihre Aktionen sowie den Aufbau der Parteistrukturen tatkräftig zu unterstützen.

Koordination der internationalen sozialistischen linken (isl)

Sozialstaatspartei WASG?

Die Debatte über die Ausrichtung der WASG ist nicht abgeschlossen, im Falle von wahlpolitischen Erfolgen wird sie noch wichtiger werden. Denn wenn in Land und Bund Mandate erobert werden, stellt sich die Frage, was die WASG-Abgeordneten in den Parlamenten tun. Wenn sie z. B. Mitverantwortung für eine Politik des Sozialabbaus übernehmen, und komme

diese auch von der SPD, verspielen sie die Chance, links von der neoliberal gewendeten SPD eine neue politische Kraft aufzubauen, die konsequent für die Interessen der abhängig Beschäftigten und der Erwerbslosen eintritt.

Klaus Ernst, Mitbegründer der WASG und Mitglied ihres geschäftsführenden Bundesvorstands, hat wiederholt betont, er

wolle keine »linke« Partei, sondern eine »Sozialstaatspartei«. Auf die Frage von Journalisten, ob er eine »neue sozialdemokratische Partei« wolle, antwortete er am 1. April in der *Jungen Welt*: »Das mag so sein. Ein Projekt am linken Rand des politischen Spektrums hat in dieser Republik keine Chance.«

Klaus Ernst sagt deutlich, wie er die WASG orientieren will: Willkommen seien ihm nicht nur Oskar Lafontaine, sondern auch Heiner Geißler von der CDU und Horst Seehofer von der CSU: »Ich meine, dass die WASG ein breites Bündnis von Personen sein muss, die sich dem Sozialstaat verpflichtet fühlen. Wir müssen uns in der Mitte des fortschrittlich-demokratischen Spektrums positionieren...«

Mit einer derart verengten und nur nach rechts offenen Orientierung hat die WASG keine Chance. Klaus Ernst ist nicht damit zufrieden, wie die SPD geworden ist, aber er fragt nicht, warum sie so geworden ist. Damit sich der Weg in die Anpassung und in eine Politik zugunsten der Unternehmerprofite in der WASG nicht wiederholt, muss sie als lebendige und vielfältige Kraft aufgebaut werden.

Sie darf die Mobilisierung für Forderungen wie Arbeitszeitverkürzung, Umverteilung von oben nach unten, mehr soziale Gerechtigkeit nicht von den angeblichen Naturgesetzen der kapitalistischen Marktwirtschaft abhängig machen, sondern muss bereit sein, an diesen Grenzen zu rütteln.

Schließlich hat jemand wie Heiner Geißler in seiner Zeit als Generalsekretär der CDU den Sozialabbau aktiv mitgestaltet.

Darüber hinaus muss die WASG demokratischer sein als die etablierten Parteien. Sie muss eine politische Kraft darstellen, die wirklich von ihren Mitgliedern registriert wird – und nicht zunächst von den Vorständen und dann von unkontrolliert arbeitenden Parlamentsfraktionen.

Gegenwärtig kommt es darauf an, die WASG öffentlich sehr viel bekannter zu machen – z. B. dadurch, dass sie Steilvorlagen der etablierten Politik wie die offiziellen Erwerbslosenzahlen nutzt. Die von der SPD enttäuschten Wählerinnen und Wähler müssen mit einer klaren Alternative aus der Resignation herausgeholt werden: Schluss mit der Politik für die Reichen und das Kapital – für eine Politik im Interesse der abhängig Beschäftigten und der Erwerbslosen, ohne Rücksicht auf Drohungen mit Investitionsstreik und Kapitalflucht.

Die WASG hat kein sozialistisches Programm. Es ist aber offensichtlich, dass die sozialistischen Kräfte in der WASG in den kommenden Strategiedebatten ihr Wörtchen mitzureden haben. Schließlich sind es Aktive mit anti-kapitalistischer Orientierung, denen die WASG in wesentlichem Maße zu verdanken hat, dass sie zu den Wahlen in NRW zugelassen wurde. ★

isl
internationale sozialistische linke

Was wir wollen

★ *Wir stehen für die Tradition eines undogmatischen, offenen Marxismus. Wir glauben auch, dass diese Tradition kritisch überprüft werden muss, und wollen sie in diesem Sinn vermitteln und theoretisch weiterentwickeln. Die internationale Arbeiterbewegung und andere Bewegungen, die sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung wenden, sind unser Bezugsrahmen.*

★ *Unserer Vorstellung von einer klassenlosen, von Ausbeutung und Unterdrückung freien Gesellschaft, die letztlich nur weltweit realisiert werden kann, liegt ein Konzept umfassender Selbsttätigkeit und Selbstorganisation von unten zugrunde. Die sozialistische Demokratie von morgen kann nicht durch die Stellvertreterpolitik von bürokratischen Apparaten und selbsternannten Menschheitsbeglückern Wirklichkeit werden. Im Kampf gegen Kapital und Ausbeuterstaaten, wenn er breit getragen wird, entstehen jene Organe einer alternativen Demokratie und umfassenden Selbstverwaltung, die berufen sind, an die Stelle des alten Staatsapparats zu treten.*

★ *Ein instrumentelles Verhältnis zu Menschen und Bewegungen lehnen wir ab. Aufbau der Organisation ist für uns Teil eines gemeinsamen Bewusstseinsbildungsprozesses in den Bewegungen, bei dem alle Beteiligten voneinander lernen. Sie muss die Selbstorganisation von unten fördern und darf nicht ihrerseits zum Hindernis für sie werden. Die Organisation soll ihren Mitgliedern politische Selbstentfaltung, theoretische Weiterbildung und die Teilnahme an strategischen und programmatischen Debatten ermöglichen.*

★ *Wir sind für einen konsequenten Internationalismus, der die Idee der Internationale wiederbelebt und sich den Aufbau sozialistischer Organisationen nur als zugleich landesbezogenen und internationalen Prozess vorstellen kann. Die isl ist Teil der IV. Internationale.*

★ *Wir wollen gemeinsames Handeln und vorurteilslosen politischen Dialog mit allen anderen Teilen der antikapitalistischen Linken. Seit der weltgeschichtlichen Zäsur 1989/90 steht ein umfassender Neuformierungsprozess der Linken an. In einer möglichen neuen Kraft der Zukunft werden wahrscheinlich viele mitmachen, deren Ausgangspunkt kein revolutionär-marxistisches Selbstverständnis ist wie bei uns. Doch die Chance für gemeinsames Handeln liegt in der Radikalität konkreter politischer Zielsetzungen, weil solidarische Lösungen eine systemsprengende Dynamik entfalten, wenn sie von Massenbewegungen getragen werden.*

PDS/Offene Liste Duisburg

Nicht alle Kräfte in der PDS orientieren auf Regierungsbeteiligung und das »Ankommen in der Mitte«. Die PDS/Offene Liste Duisburg tut sich seit Jahren hervor mit einer kompromisslosen Politik der Interessenvertretung und der Mobilisierung von Betroffenen.

Die PDS-OL ist ein kommunaler Zusammenschluss von sowohl parteipolitisch organisierten als auch ungebundenen Bürgerinnen und Bürgern. Seit 1999 sitzt sie im Rat der Stadt und in den Bezirksvertretungen.

Ihre Botschaft war und ist: Es gibt im Rat derzeit keine Partei, mit der eine dauerhafte Zusammenarbeit auf einer akzeptablen programmatischen Grundlage möglich wäre. Sie ist mit einem Spektrum von neoliberalen Grundpositionen konfrontiert, die mit ihren eigenen programmatischen Überzeugungen unvereinbar sind. Deshalb versteht sich die PDS-OL als die Opposition im Rat. Aber sie macht keine Opposition um der Opposition willen. In Sachfragen ist sie jederzeit zur Kooperation bereit, wenn die angestrebten Lösungen vertretbar und richtig sind.

Die PDS-OL bietet allen die Mitarbeit an, die sich für positive Veränderungen einsetzen. Sie sucht die Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften in der Bevölkerung, in den Verbänden und Vereinen, in Bürgerinitiativen, Parteien und Gewerkschaften, Kirchen, Bildungseinrichtungen, in der Wirtschaft und in der kommunalen Verwaltung.

Sie sucht darüber hinaus die überörtliche Zusammenarbeit mit allen, die gleiche Ziele verfolgen, denn die kommunalen Probleme sind untrennbar verknüpft mit den Verhältnissen und Entwicklungen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Nur Bewegung kann etwas bewegen und nur gemeinsam sind wir stark.

Uns aus dem Elend zu erlösen...

Werden die DGB-Gewerkschaften handlungsunfähig? Interview mit Udo Bonn, Betriebsrat in einem Kölner Maschinenbauunternehmen



Udo Bonn

■ **Nach wie vor verlieren die Gewerkschaften Mitglieder, seit Beginn der 90er Jahre haben etwa 40% ihrer Gewerkschaft den Rücken gekehrt. Das kann doch nicht nur an der ständig steigenden Arbeitslosigkeit liegen?**

Nein, ganz und gar nicht. Aber die Arbeitslosigkeit und das von ihr ausgehende Drohpotenzial ist schon ganz entscheidend – unter mindestens drei Gesichtspunkten. *Erstens* bleiben nur politisch sehr bewusste Menschen in der Gewerkschaft, wenn sie arbeitslos werden. Eine Mitgliedschaft während der Arbeitslosigkeit bringt in ihren Augen rein gar nichts, und

selbst der geringe Beitrag erscheint dann noch zu hoch. *Zweitens*: Menschen, die aus festen Arbeitsverhältnissen in prekäre Beschäftigungsverhältnisse abrutschen, kommen in diesem Bereich kaum mit Gewerkschaften oder Betriebsräten in Kontakt, die ihnen in dieser Situation Unterstützung bieten könnten.

Und *drittens* gilt auch hier: Man ist nicht gerne in einer Organisation von Verlierern. Dieses Phänomen ist in dem Ausmaß neu.

■ **Kannst du das erläutern?**

Wir leben heute in einer Situation, wo die Angst wieder um sich greift.

Angst nicht nur um den Verlust des Arbeitsplatzes, sondern auch umfassende Existenzangst: um den Lebensstandard, die Ausbildungskosten für die Kinder, die eigene Altersvorsorge.

In so einer Situation müssten die Gewerkschaften eigentlich so etwas wie der letzte Rettungsanker sein. Davon sind sie jedoch weit entfernt. Und so stimmen Kolleginnen und Kollegen zähneknirschend in großen wie in kleinen Betrieben Vereinbarungen zu, die die Löhne senken oder vom Tarifvertrag abweichen. Und danach treten sie vereinzelt aus, weil die Gewerkschaft sie nicht besser vertreten hat. Einkommen und Arbeitsplatzsicherung bleiben aus Sicht der Beschäftigten nach wie vor die zentralen Handlungsfelder, und hier finden die Niederlagen statt.

■ **Im letzten Frühjahr sah es so aus, als würde sich der Bruch zwischen Gewerkschaften und SPD vertiefen. Ein Jahr später erklären sich führende Gewerkschafter bereit, in der neuen Biedenkopf-Kommission mitzuarbeiten, die die Mitbestimmung an schlechtere europäische Regelungen anpassen soll. Wollen die DGB-Gewerkschaften mit der SPD zusammen untergehen?**

Natürlich wollen sie weder alleine noch mit der SPD untergehen,

noch wollen sie, dass die SPD untergeht. Aber die Frage der Mitbestimmung ist eine der Fragen, wo sich SPD und CDU noch unterscheiden. In der Frage der Verbetrieblichung der Tarifpolitik, der Aufweichung allgemeinverbindlicher Regelungen und des Vorrangs wirtschaftlicher Interessen vor sozialen gibt es inzwischen eine große Koalition.

Bei der Mitbestimmung ist die SPD bislang hart geblieben, und diese Treue wird ihr von den Vorständen der Einzelgewerkschaften jetzt gelohnt.

Im besten Fall entspringt dieses Hin-und-her-Lavieren zwischen Backen aufblasen, Protest organisieren und wieder runterfahren und peinlichen Kniefällen wie letztes der des DGB-Vorsitzenden Sommer einer weit verbreiteten Ratlosigkeit.

Während die sog. Realisten wie Berthold Huber von der IG Metall oder der komplette IG-BCE-Vorstand ihre Politik im Rahmen des Neoliberalismus verorten, tappen etwa Frank Bsirske und Jürgen Peters immer zwischen vergehenden Organisationsmachtfantasien und konturlosen Neuausrichtungen hin und her: Sie wollen einen neuen sozialen Kompromiss – aber sie sind die einzigen, die daran glauben.

Deshalb kommen sie in der Tarifpolitik und in der Sozialpolitik

auch zu keinen anderen Ergebnissen als die Realisten.

■ **Gibt es denn keine Ansatzpunkte, aus dieser Situation herauszukommen?**

Man muss natürlich immer optimistisch sein, aber auf kurze Sicht bin ich sehr skeptisch. Auf der Hand liegt natürlich die Frage der Arbeitszeitverkürzung als Mittel gegen Erwerbslosigkeit. Doch in der innergewerkschaftlichen und innerbetrieblichen Situation stehen die Befürworter einer spürbaren Arbeitszeitverkürzung mit dem Rücken zur Wand.

Die Angst vor der Abwanderung der Unternehmen ins Ausland und vor steigendem Arbeitsdruck, die negativen Erfahrungen mit Flexibilisierung als Folge der Arbeitszeitverkürzung, die Einschätzung, bei dem vorhandenen Kräfteverhältnis keinen Lohnausgleich durchsetzen zu können, sind schwerwiegende Gegenargumente, die man nicht vom Tisch wischen kann.

Und zumindest für den Metallbereich kann ich sagen: Bei der Umsetzung des neu verhandelten Entgeltrahmenabkommens werden neue Abwehrschlachten auf uns zu kommen, weil die Unternehmer versuchen, über die neuen Eingruppierungen die Einkommen dauerhaft zu senken. Dies wird auf Jahre enorme Kräfte binden. ★

Gute Geschäfte mit 1-Euro-Jobs

Seit Oktober 2004 ist die Zahl der 1-Euro-Jobs auf 120 000 gestiegen. Schon häufen sich die Fälle, in denen Kommunen 1-Euro-Jobber zwangsverpflichten, statt einen Betrieb zu beauftragen. Reguläre Arbeitsplätze werden verdrängt. Laut Gesetz müssen die auf 12 Monate und 30 Stunden pro Woche begrenzten 1-Euro-Stellen »gemeinnützig« und vor allem »zusätzlich« sein. Doch letzteres ist ein dehnbarer Begriff.

Die Ver.di-Bundesverwaltung hat eine Liste mit Fällen von Missbrauch zusammengestellt. Sie häufen sich in den Branchen, die schon bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen die beliebtesten waren: der Pflegebereich, der Garten- und Landschaftsbau sowie alles, was mit Reinigung oder Renovierung zu tun hat.

Beispielsweise wollte die Stadt Recklinghausen mehrere hundert 1-Euro-Jobber die Sportanlagen der Stadt sanieren lassen. In Gummersbach ersetzt ein kommerzieller Krankentransporteur einen festangestellten Fahrer durch einen vom Krankenhaus ausgeliehenen 1-Euro-Mann.

1-Euro-Jobs lohnen sich für Kommunen und Wohlfahrtsverbände nicht nur, weil sie ihnen billige Arbeitskräfte besorgen. Oft kassieren die Gemeinden doppelt. Denn die Jobcenter, in denen sich Kommunen und Arbeitsagenturen seit Januar gemeinsam um die Langzeitarbeitslosen kümmern, zahlen jedem Träger, der einen 1-Euro-Jobber einstellt, eine Pauschale. Bis Ende 2004 lag der Betrag bei rund 500 Euro, seit Januar kann er beliebig hoch sein und durchaus auch über 1000 Euro liegen; die Höhe wird mit dem Jobcenter ausgehandelt. Den geringsten Teil davon macht der Lohn in Höhe von 120–180 Euro für den Arbeitslosen aus. Der Rest ist für Verwaltungsaufwand und Qualifizierung gedacht. Zu qualifizieren gibt es bei derart einfachen Tätigkeiten aber nur wenig. So machen die Kommunen mit der neuen Zwangsarbeit ein glänzendes Geschäft.



Foto: Uwe Bilz

isl
internationale sozialistische linke

internationale sozialistische linke (isl) Dasselstr. 75–77, 50674 Köln
isl@die-welt-ist-keine-ware.de · www.die-welt-ist-keine-ware.de/isl

Berlin isl-berlin@die-welt-ist-keine-ware.de Duisburg isl-duisburg@die-welt-ist-keine-ware.de Düsseldorf isl-duesseldorf@die-welt-ist-keine-ware.de Frankfurt am Main isl-frankfurt@die-welt-ist-keine-ware.de Hamburg isl-hamburg@die-welt-ist-keine-ware.de Köln isl-koeln@die-welt-ist-keine-ware.de München isl-muenchen@die-welt-ist-keine-ware.de Ruhrgebiet isl-ruhrgebiet@die-welt-ist-keine-ware.de Andere Orte isl@die-welt-ist-keine-ware.de



IMPRESSUM

Die FLUGSCHRIFTEN werden herausgegeben von der internationalen sozialistischen linken /IV. Internationale (isl) und erscheinen bei Bedarf.
Verantwortliche Redakteurin: Angela Klein
Satz/Layout: Hans-Günter Mull
Bestelladresse für Wiederverteilerinnen und Wiederverteiler (Lieferung gegen Versandkosten):
isl, Dasselstr. 75–77, 50674 Köln
(02 21) 9 23 11 96 · isl@die-welt-ist-keine-ware.de

SoZ Sozialistische Zeitung

monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

Probeausgabe kostenlos

Probeabo (4 Ausgaben, keine automatische Verlängerung) gegen 10-Euro-Schein

SoZ-Verlag · Dasselstr. 75–77 · 50674 Köln

Fon (02 21) 9 23 11 96 · Fax 9 23 11 97 · redaktion@soz-verlag.de